

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2043

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2043



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



« *Wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann.* »

Klimakrise: Konkret handeln JETZT!

Umwelt- und Klimaprobleme sind das Resultat kapitalistischer Profitorientierung. Die Politik muss deshalb regulierend in die Wirtschaft eingreifen – und zwar JETZT. Die SP60+ fordert ab 2025 einen Einfuhr-Stopp fossiler Verbrennungsmotoren sowie ein Verbot neuer fossiler Heizsysteme. Die Kreislaufwirtschaft sowie eine umweltverträgliche Landwirtschaft im Sinne der Biodiversität sind zu fördern. Ab 2025 darf der schweizerische Finanzplatz Gelder nur noch in klimafreundliche Wirtschaftsbereiche anlegen.

Im Hitzesommer 2003 verstarben in Gesamteuropa rund 70'000 Personen auf Grund der lang andauernden Hitze. Davon betroffen waren insbesondere Personen über 65 Jahre, vor allem verursacht durch Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Grund dafür ist eine Beeinträchtigung der Wärmeregulation (reduziertes Durstgefühl, verminderte Transpiration). Viele von ihnen haben kein Smartphone oder keine Möglichkeit, Warnungen per E-Mail zu erhalten.

Wir Menschen vor allem in den Industrienationen sind seit einiger Zeit daran, das Klima massiv und in einem gegenüber früheren Klimaänderungen halsbrecherischen Tempo zu ändern. Die Klimamodelle zeigen uns, dass nicht nur die Häufigkeit von Hitzewellen zunimmt, sondern auch deren Intensität und Dauer. Unter diesen Klimaextremen leiden nicht nur Kleinkinder und ältere Menschen. Es betrifft weltweit Menschen, die nicht über die nötigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Folgen solcher Extreme zu wehren. Leben und Überleben im Klimawandel ist damit auch eine soziale Frage.

Flora und Fauna werden sich verändern mit entsprechenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen, die klimabedingte weltweite Migration wird sich vervielfachen. Die Frage lautet daher nicht, *ob* die Klimawende unsererseits kommt, sondern *wann* sie kommt. Je länger sie durch fehlende Weitsicht, durch egoistische Privatinteressen oder durch schlichtes Kopf-in-den-Sand-Stecken hinausgezögert wird, umso schmerzhafter und teurer wird sie. Am 23. Juni 2018 hat die Delegiertenversammlung der SP Schweiz in Lausanne beinahe einstimmig das Klima-Positionspapier gutgeheissen. Der Vorstand der SP60+ hat sich an seiner Sitzung vom 6. Februar 2019 einstimmig für die Unterstützung der Gletscher-Initiative ausgesprochen und am 2. März 2019 hat die Delegiertenversammlung der SP Schweiz in Goldau ebenfalls diese Unterstützung beschlossen. Aber mit einem unterstützenden Votum ist es nicht getan.

Die Mitgliederkonferenz der SP60+ vom 25. Mai 2019 hat sich nach der Präsentation grundlegender Fakten mit der Umsetzung in politisches Handeln befasst. Dazu gibt es viele Möglichkeiten. Die Unterschriftensammlung für die Gletscher-Initiative ist angelaufen. Die SP60+ ruft dazu auf, sich in den Regionalkomitees für die Gletscher-Initiative zu engagieren. Die

Klimaseniorinnen haben geklagt. Die SP60+ bittet darum, diese Klage aktiv zu unterstützen. Während der Klimastreiks gehen Schülerinnen und Schüler für ihre Zukunft auf die Strasse. Die SP60+ ruft dazu auf, an diesen Demos teilzunehmen. Unterstützenswerte kleinere und grössere lokale und nationale Engagements gegen die Klimakrise, wie z.B. in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Ernährung, entstanden und entstehen. Das Thema brennt, und trotzdem haben immer noch verantwortungslose Lobbyisten und blinde Klimaleugner das Sagen. Die SP60+ fordert von allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie allen Exekutivmitgliedern, diesen Leuten die Gefolgschaft zu verweigern. Es braucht keine schönen Absichtserklärungen, runde Tische, sondern konkrete Massnahmen. Im Sinne des SP Positionspapiers vom 2018 fordert die SP60+ prioritär:

Stopp fossiler Energie ab 2025. Öl, Gas und Kohle sind immer noch wichtige Ausgangsstoffe für den Antrieb von Fahrzeugen, die Wärmeerzeugung im Wohnbereich und die Energieerzeugung bei industriellen Prozessen. Dies, obschon alternative Möglichkeiten bestehen und infrastrukturelle Lücken rasch behoben werden könnten. Die SP60+ fordert deshalb ab 2025 einen Einfuhrstopp fossiler Verbrennungsmotoren bei Fahrzeugen sowie ein Verbot neuer Heizsysteme mit nennenswerten CO₂-Emissionen.

Kreislaufwirtschaft und umweltverträgliche Landwirtschaft. Plastik liegt in der Luft, im Meer und auf den Wiesen. Mit Recycling-Prozessen lässt sich diese Verschmutzung nicht lösen. Hier braucht es Taten auf politischer Ebene. Dies SP60+ fordert Anreize zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie ein Verbot von Einwegplastik ab 2025. Ähnlich ist die Situation in der Landwirtschaft. Seit Jahrzehnten wissen wir um die Schädlichkeit chemiegetränkter Monokulturen. Trotzdem sind sie noch grossflächig die Regel. Die SP60+ fordert hier wirksamere Regulierungen als bisher. Insbesondere sind ab 2025 Kunstdünger, Pestizide und importiertes Kraftfutter zu verbieten.

Den Finanzplatz klimafreundlich umgestalten. Banken und Versicherungen entscheiden mit ihren Finanzierungen und Investitionen, wie und wie schnell sich das Klima verändert. Die Akteure des Finanzplatzes Schweiz sind deshalb gesetzlich zu verpflichten, ab 2025 jene Unternehmen, die einen Grossteil ihres Umsatzes mit fossilen Energien erwirtschaften, nicht mehr zu finanzieren und zu versichern und in diese Unternehmen nicht mehr zu investieren.